

Island sagt Nein zur Europäischen Union

Der Lack ist ab

von Alex Krainer*



Alex Krainer.
(Bild zvg)

Am Samstag, dem 29. August 2026, fand in Island ein Referendum darüber statt, ob die EU-Beitrittsverhandlungen wieder aufgenommen werden sollen. Das Ergebnis fiel für die EU nicht positiv aus: 52,8 Prozent der Isländer stimmten mit «Nein» und 47,2 Prozent mit «Ja» – bei einer

Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent.

Die Frage war nicht einmal, ob Island der EU beitreten sollte, sondern ob die Beitrittsverhandlungen überhaupt wieder aufgenommen werden sollten. Ein «Ja» hätte die Verhandlungen ermächtigt; ein eventueller Beitrittsvertrag hätte ein zweites Referendum erfordert.

Die isländische Ministerpräsidentin *Kristrún Frostadóttir* hatte das Referendum versprochen und erklärt, dass die Beitrittsverhandlungen unter ihrer Regierung, die bis 2028 im Amt bleibt, nicht vorankommen würden. Darüber hinaus wird das Parlament unter ihrer Mitte-Links-Regierung prüfen, ob der Beitrittsantrag Islands formell ganz zurückgezogen werden soll.

Hintergrund und die Bedeutung Islands

Island ist ein winziger Inselstaat: Es hat etwa 400 000 Einwohner und liegt weit entfernt vom europäischen Kontinent. Island beantragte 2009 den Beitritt zur EU, nachdem die Finanzkrise die Wirtschaft und das Bankensystem des Landes schwer erschüttert hatte. Die Verhandlungen begannen und 11 Kapitel wurden abgeschlossen, doch eine euroskeptische Koalition unter Ministerpräsident *Sigmundur Davíð Gunnlaugsson* (Unabhängigkeitspartei und Fortschrittspartei) setzte die Gespräche aus und stoppte den Beitrittsprozess 2015 offiziell.



Island verfügt über die souveräne Kontrolle über seine Fischerei, was einer der Hauptstreitpunkte zwischen Island und der EU war. Der Hafen «Friðarhöfn» auf den Westmännerinseln. (Bild sc)

Der ehemalige Ministerpräsident legte dar, was für Island auf dem Spiel stand. Der Gewinn, so sagte er, sei ein Platz am Tisch. Island würde höchstens sechs Sitze in einem Europäischen Parlament mit 750 oder mehr Abgeordneten erhalten. Dieses Parlament kann nicht einmal einen Gesetzentwurf einbringen. Es nickt lediglich ab, was die nicht gewählten Beamten der EU-Kommission vorlegen. Gunnlaugsson fragte: «Warum sollte man sich auf einen Prozess einlassen, dessen Preis darin besteht, Gerichte, Gesetze, Regierung und Außenpolitik sowie jeden Vertrag, den Brüssel nicht mag, aufzugeben – für die Hoffnung auf eine vorübergehende Ausnahmeregelung?»

Island ist bereits durch den Europäischen Wirtschaftsraum (Zugang zum Binnenmarkt, zusammen mit Norwegen und Liechtenstein) sowie den Schengen-Raum, der den freien Personenverkehr zwischen Island und den EU-Staaten ermöglicht, erheblich in die EU integriert. Island ist zudem seit 1949 Nato-Mitglied. Es hat jedoch einige der wichtigsten Aspekte seiner eigenen Souveränität bewahrt: Es verfügt über eine eigene Währung, die Króna, und damit über seine Währungshoheit.

Die Frage der Fischerei

Island verfügt zudem über die souveräne Kontrolle über seine Fischerei, was einer der Hauptstreitpunkte zwischen Island und der EU war. Tatsächlich waren es die wichtigsten Fischereiregionen des Landes, die der EU die Tür verschlossen, indem sie mit großer Mehrheit gegen die Fortset-

* Alex Krainer ist der Entwickler von «I-System Trend Following» und Herausgeber des täglichen «Trend Compass». Er ist Portfolio Manager bei Altana Wealth S.A.M., Monaco und Autor zahlreicher Bücher über Finanz- und Rohstoffmärkte.

zung der Beitrittsverhandlungen stimmten. Ihr Misstrauen beruhte auf den Erfahrungen Irlands mit der EU und deren komplexen und inkohärenten Vorschriften.

Die immer wieder vorgebrachte Beschwerde der irischen Fischereiindustrie ist klar und deutlich: Irland verfügt über etwa 12 Prozent der EU-Gewässer, erhält aber nur etwa 5–6 Prozent der Fangquoten. Infolgedessen fangen Schiffe anderer Mitgliedstaaten den Großteil des Fangs in irischen Gewässern. Die Fischer bezeichnen sich selbst als «den Fischkorb Europas, aber den armen Verwandten», dessen Boote monatelang vor Anker liegen, wenn die monatlichen Quoten ausgeschöpft sind, während ausländische Schiffe irgendwie weiterhin in genau denselben Gewässern fischen dürfen. Viele betrachten diese Regelung als Verrat, was Forderungen nach einem Austritt Irlands aus der EU schürt.

Kein prestigeträchtiger Club mehr

Das vielleicht bedeutendste Signal des Referendums in Island an diesem Wochenende ist, dass die EU nicht mehr als prestigeträchtiger Club der reichsten und fortschrittlichsten Volkswirtschaften der Welt angesehen wird, sondern – wie Gunnlaugsson es nannte – als eine Union auf dem Höhepunkt ihres Niedergangs. Und tatsächlich haben die Isländer Recht: Die EU ist ein Projekt, das sich in einer Phase beschleunigenden Zerfalls befindet und unter der Last ihrer eigenen Widersprüche zusammenbricht. Obwohl sie sich vordergründig dem Ideal der Demokratie verschrieben hat, ist sie zutiefst undemokratisch.

Staaten, die diesem Club beitreten wollen, müssen ihre Souveränität aufgeben und alle Richtlinien der EU-Kommission umsetzen – einschliesslich aller künftigen –, ohne jedoch bei deren Ausarbeitung mitreden zu können. EU-Gesetze werden von meist geheimen Gruppen von Lobbyisten entworfen und der EU-Kommission zur Umsetzung übergeben. Das EU-Parlament erörtert und debattiert diese Gesetzesentwürfe zwar gelegentlich, doch dient das gesamte Gre-

mium im Wesentlichen zwei Zwecken: alles abzusegnen, was die EU-Kommission ihm vorlegt, und den Abgeordneten eine Bühne zu bieten, auf der sie YouTube-Clips aufnehmen und ihre eigene Popularität steigern können.

Mein eigenes Land, Kroatien, ist 2013 Vollmitglied dieses «prestigeträchtigen» Clubs geworden, und es geht den meisten Menschen heute deutlich schlechter als vor 2013. Die Wirtschaft stagniert, mehr als zwei Drittel der Haushalte haben Mühe, über die Runden zu kommen, die Inflation steigt und die Korruption grassiert. Wie ihre irischen Kollegen sind auch die kroatischen Fischer in Aufruhr: Ab diesem Jahr dürfen sie aus völlig unklaren Gründen nur noch 27 Tage im Jahr fischen.

Auch die Landwirtschaft wird systematisch zerschlagen, mit häufigen Keulungen des Viehbestands – mal wegen positiver Testergebnisse auf afrikanische Schweinepest, mal wegen Vogelgrippe oder was auch immer. In jedem Fall ist die einzige Abhilfe die Vernichtung ganzer Herden. Die Menschen haben genug davon, und wenn heute in Kroatien ein Referendum über den Austritt aus der EU abgehalten würde, würden sie mit ziemlicher Sicherheit für den «Croexit» stimmen. Ich glaube, dasselbe würde in den meisten EU-Staaten passieren.

Es wird immer schwieriger, einen Sinn darin zu sehen, eine Union aus unwilligen Mitgliedern aufrechtzuerhalten, zumal diese Union in ihrem Bestreben, sich selbst intakt zu halten, zunehmend repressiver wird. Mit jedem Tag ähnelt ihr Regierungssystem mehr und mehr dem der UdSSR, was darauf hindeutet, dass ihre Zukunft ebenso vielversprechend ist. Für Investoren hat dies sehr weitreichende Auswirkungen auf die Staatsanleihen der EU-Mitgliedstaaten und auf die Währung der Union.

Quelle: <https://tkp.at/2026/08/31/der-lack-ist-ab-island-sagt-nein-zur-eu/>, 31. August 2026.

Der Artikel erschien zuerst auf Englisch in Alex Krainers TrendCompass.

Zweitpublikation mit freundlicher Genehmigung des Autors. Deutsche Übersetzung von tkp.at.